

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 21. Januar 2015

Polizei- und Militärdirektion

16 2014.POM.637 Kreditgeschäft

Kantonspolizei Bern; Vertrag betreffend Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Bern durch die GSD Gayret Security AG. Ausgabenbewilligung, mehrjähriger Verpflichtungskredit 2015 bis 2019 (Objektkredit)

Beilage Nr. 01, RRB 1302/2014

Antrag SVP (Schweizer, Utzigen)

Kürzung der massgebenden Kreditsumme um den Zusatzauftrag in der Höhe von CHF 100 000.

Präsidentin. Nous passons à l'affaire 16, référendum financier facultatif, nous serons en débat réduit. Le porte-parole de la Commission est M. Wenger et c'est un crédit pour la police cantonale bernoise, Contrat concernant le contrôle du stationnement en ville de Berne par l'entreprise GSD. Tout d'abord, nous entendons le porte-parole de la Commission, puis nous avons un amendement de M. Schweizer, donc c'est M. Schweizer qui justifiera son amendement, et après, nous aurons les groupes. Vous avez deux minutes, le porte-parole de la Commission a un tout petit peu plus, mais les autres membres ont deux minutes.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Kommissionsprecher der SiK. Die Kommission hat über diesen Kredit von 535 000 Franken an die Kantonspolizei Bern (Kapo) beraten. Es geht in diesem Kredit darum, dass man einen Auftrag für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs hier in Bern einer privaten Firma übertragen möchte. Dieses Geschäft hat eine Geschichte. Mit der Zusammenlegung der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Bern hat man eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, mit der man geregelt hat, dass man in Bern die Überwachung und Kontrolle des ruhenden Verkehrs der Verantwortung der Kantonspolizei überträgt. Diesen Auftrag gab die Kantonspolizei an eine private Sicherheitsfirma weiter. Turnusgemäss ist der Zeitpunkt gekommen, diese Leistung wieder neu auszuschreiben und wir haben heute ein wesentlich günstigeres Angebot als das vorherige. Über dieses können wir heute befinden und das entsprechende Geld freigeben.

Die Ausschreibung dieser Kontrollen hat in zwei Blöcken stattgefunden. Der erste Block ist der Grundauftrag. Er beträgt 435 000 Franken. Der zweite Teil, durch den man 4 000 Parkplätze zusätzlich kontrolliert, kostet 100 000 Franken. Der Gesamtbetrag und der Gesamtauftrag beinhalten aber den Inhalt der erwähnten Leistungsvereinbarung. Wir haben hier also ein relativ kostengünstiges Projekt, das als Resultat dieser Ausschreibung vorliegt. Aber wenn wir dieses Projekt, beziehungsweise diesen Kredit ablehnen würden, so würden wir damit nicht nur die Leistungsvereinbarung nicht erfüllen, welche die Stadt Bern mit uns vereinbart hat, sondern wir würden zudem auch Gelder, die der Kanton einnimmt, vermindern. Durch diese Kontrollen nimmt der Kanton 1,7 Mio. Franken ein, die beim ruhenden Verkehr abgeschöpft werden.

Das Ganze hat für mich auch politisch eine relativ hohe Brisanz. Mit der Police Bern hat man die Polizeiverbände zusammengelegt, und jetzt kommt das Kantonsparlament und sagt der Stadt Bern: «Halt, wir wollen diesen Auftrag von euch aus irgendwelchen Gründen nicht erfüllen.» Das ist für mich äusserst fragwürdig. Die Kommission hat dem Kredit an der Kommissionssitzung mit 15 Ja- zu 1 Nein-Stimmen zugestimmt. Danach wurde ein Änderungsantrag vorgelegt, der 100 000 Franken, nämlich den Zusatzauftrag, stornieren will. Diesen hat die Kommission mit 9 Nein- zu 5 Ja-Stimmen abgelehnt und bittet Sie nun, dem Antrag der Regierung, dem Kredit von 535 000 Franken, zuzustimmen.

Präsidentin. Nous avons donc M. Schweizer pour l'UDC qui vient justifier sa proposition d'amendement. C'est à vous Monsieur.

Hans Rudolf Schweizer, Utzigen (SVP). Hier geht es um diesen mehrjährigen Verpflichtungskredit für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Bern. Vom Kürzungsantrag der SVP ist nur der Zusatzauftrag von 100 000 Franken betroffen. Der Grundauftrag für die wöchentliche Kontrolle der Parkfelder ist auch bei uns unbestritten. Unter Ziffer 3.1 des Vortrags zu diesem Geschäft steht: «Auf Weisung der Kapo sind bei Bedarf 4 000 Plätze zusätzlich zu kontrollieren.» Also kann man nicht sagen, wenn man die Kürzung mache, könne der Auftrag der Stadt Bern an die Kapo nicht erfüllt werden. Mit der Kürzung wollen wir die Kontrolle der Kapo «bei Bedarf». Das tangiert den Leistungseinkauf der Stadt Bern bei der Kapo nicht. Warum ist die SVP für diese Kürzung? In unserer Fraktion besteht ein grosses Unbehagen bezüglich der häufigen Parkplatzkontrollen in der Stadt Bern. Bei der Bevölkerung sind die vielen Parkbussen sehr verpönt. Man hat auch das Gefühl, dass die hohen Einnahmen durch diese Parkbussen reine Geldmacherei seien und nur vorgenommen werden, um Einnahmen zu generieren. Die SVP ist der Meinung, dass die Ausführung von Sicherheitsmassnahmen wichtiger ist als die sehr häufige Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Deshalb beantragen wir Ihnen eine Kürzung dieser Kreditsumme von jährlich 100 000 Franken, was genau diesem Zusatzauftrag entspricht. Die SVP wird diesem Kürzungsantrag einstimmig zustimmen.

Vania Kohli, Bern (BDP). Wenn es ein Gesetz gibt oder eine Initiative angenommen wird, dann soll sie umgesetzt werden und zwar ohne Wenn und Aber. Wenn mich nicht alles täuscht, ist das doch in der Regel die einhellige Meinung der SVP oder nicht? Die jährliche Kreditsumme für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Bern kostet über die Jahre 2015–2019 jährlich etwas über 300 000 Franken weniger als vorher und zwar für die gleiche Leistung. Die BDP-Fraktion unterstützt das Vorgehen der Regierung und wird diesem mehrjährigen Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen. Nun komme ich zum Abänderungsantrag, respektive dem Kürzungsantrag der SVP. Sind Sie wirklich der Meinung, dass Falschparkierer von uns nicht nur unterstützt, sondern auch belohnt werden sollen? Ich kann zwar nachvollziehen, dass Ihre beiden Stadtberner das möchten. Aber irgendwie finde ich es dem übrigen Bild, das die SVP vermitteln will, nicht ganz entsprechend. Die BDP-Fraktion wird dabei nicht mithelfen und lehnt den Antrag der SVP auch einstimmig ab.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Die glp nimmt diesen Kredit einstimmig an. Wir lehnen den Änderungsantrag aus folgenden Gründen ab: Stellen wir uns kurz vor, wir würden schnell 100 000 Franken kürzen. Das ist schön für unser Budget. Aber die Einnahmen sind auch im Budget eingestellt. Das heisst, wir kürzen also Ausgaben, aber vor allem kürzen wir auch Einnahmen, und das wollen wir nicht! Uns stört, dass wir zwei unterschiedliche Aussagen erhalten haben. Im Vortrag steht «[...]zusätzlich könne man die 4 000 Parkplätze noch kontrollieren». Für unsere zusätzliche Sitzung vom Montag haben wir noch nachgereicht erhalten, «[...] entfällt die wöchentliche Kontrolle von zusätzlich 4 000 Plätzen». Das sind etwas gegenläufige Aussagen und das stört uns, wenn wir entscheiden müssen, ob es nun wirklich eine Wirkung gibt oder nicht. Es ist ein kleiner Fleck im Reinheft, würde ich sagen. Die glp nimmt diesen Kredit an und lehnt den Änderungsantrag einstimmig ab. Vielen Dank, wenn Sie das auch tun.

Christoph Ammann, Meiringen (SP). Man kann einfach gewisse Tatsachen nicht unter den Tisch kehren! Es ist eine Tatsache, dass die Kantonspolizei der Stadt Bern einen Leistungsauftrag übernommen hat. Sie nimmt diesen nicht selber wahr, sondern gibt ihn an Dritte weiter, und nun wird er neu vergeben. Hier geht es also auch um die Redlichkeit eines Kantons gegenüber einem Auftraggeber. Es geht um eine Leistung, die erbracht werden muss, auch wenn der Kanton sie nicht selber erbringen kann, weil ihm Leute und Mittel fehlen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat festgestellt, dass die Ausschreibung nach den Kriterien des öffentlichen Beschaffungswesens vorgenommen wurde und die Firma GSD Gayret Security AG einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt ist. Die ganze Sache wurde seriös vorbereitet und durchgeführt. Wenn die SVP nun mit einem Kürzungsantrag kommt, dann ist das nach unserem Dafürhalten ein Hüftschuss in Wild-West-Manier. Man will etwas kürzen, das eine Gemeinde bestellt hat und das eine Gemeinde auch bezahlt. Das ist ein Eingriff in die Gemeindeautonomie, welche gerade von der SVP immer hochgehalten wird. Was ist das Motiv dahinter? Es ist eben effektiv Wild-West-Manier, denn es ergibt das Bild des Cowboys, der sein Pferd an irgendeinen Zaunpfosten anbinden kann, damit er dann im Saloon etwas poltern gehen

kann. Man will das Falschparkieren belohnen, indem man Mittel für deren Kontrolle streicht. Das ist nicht seriöse Politik, und das unterstützt die SP-JUSO-PSA-Fraktion nicht. Wir unterstützen den Antrag des Regierungsrats. Wir bitten alle, welche die Stadt Bern und ihren Auftrag an den Kanton ernst nehmen, dies ebenfalls zu tun.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Die grüne Fraktion steht der Auslagerung öffentlicher Aufgaben kritisch gegenüber. Hier ist es besonders heikel, weil es sich um eine gerichtspolizeiliche Aufgabe handelt. So kann der Sicherheitsdienst, der den Zuschlag erhalten hat, Bussen verteilen. Wir stimmen diesem Kredit aber trotzdem zu, weil diese Bussen im Bagatellbereich liegen, nämlich nur maximal 120 Franken betragen können und unsere Polizei durch diese Aufgabenübertragung entlastet wird. Die GSD Gayret Security AG erfüllt den Auftrag für 320 000 Franken weniger als die Securitas, die diese Aufgabe bisher wahrgenommen hat. Da stellt sich natürlich die Frage nach ihren Arbeitsbedingungen. Die POM hat aber versichert, dass eine Bestätigung der paritätischen Kommission Sicherheitsdienstleister vorliegt und der GLV Sicherheitsdienst eingehalten wird. Daher können wir diesem Kredit zustimmen. Den Änderungsantrag der SVP lehnen wir ab, ihre Gründe sind für uns nicht nachvollziehbar.

Patrick Gsteiger, Eschert (EVP). Le groupe PEV est disposé, au terme de la longue procédure d'adjudication de ce mandat de contrôle de stationnement, à avaliser le crédit soumis. Entendez bien l'entier du crédit. Il n'est pas question pour nous de limiter ce crédit comme le suggère l'UDC et de renoncer au mandat complémentaire. Pour le parti évangélique, le contrôle de stationnement doit être maintenu au même niveau, pour des raisons de sécurité, mais sachant aussi que des recettes importantes sont générées par les amendes.

Philippe Müller, Bern (FDP). In der Stadt Bern werden zu viele Parkbussen verteilt. Das ist mir immer wieder aufgefallen. An einem Adventssonntagsverkauf gab es verschiedene Patrouillen die unterwegs waren um Bussen zu verteilen. Das ist störend wenn gleichzeitig zu wenig Polizei für Wichtigeres zur Verfügung steht. Doch es gibt einen Leistungsvertrag mit der Stadt Bern, und da können wir vom Kanton aus nicht eingreifen, denn es handelt sich um eine Kompetenz der Stadt Bern. Da kommt mir folgendes Sprichwort in den Sinn: Man schlägt den Sack und meint den Esel. Es ist der falsche Ort, liebe SVP. Die FDP empfiehlt die Annahme des Geschäfts und lehnt die vorliegenden Änderungsanträge ab.

Präsidentin. Voilà, j'ai eu donc tous les groupes. Nous passons donc la parole au directeur de la Direction. C'est à vous M. Käser.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Immerhin wurde gewürdigt, dass der Vertrag mit dem neuen Partner über 300 000 Franken günstiger ist als der bisherige. Das scheint mir wichtig, wenn man schon vom Sparen spricht! Wenn man dem Antrag zustimmen würde, dann wären einfach die wöchentlichen Kontrollen von 4 000 zusätzlichen Parkfeldern nicht mehr gewährleistet, weil die Kapo das nicht machen kann. Sie wissen, wie eng das Personalkorsett der Kapo ist. Wir sind klar der Auffassung, dass wir einen anständigen Vertrag mit einer Firma vorschlagen, die auch in Bezug auf den Arbeitnehmerschutz etc. ihre Aufgaben erfüllt. Wir haben keine Veranlassung, diesem Zuschlag nicht zuzustimmen und man darf nicht vergessen, dass das ganze Meccano mit der Stadt Bern ein sehr enges, gesetzlich geregeltes Meccano ist. Das ist letztlich die Auswirkung der Einheitspolizei. Es wäre mindestens ein Akt der Willkür, wenn jetzt das Kantonsparlament mit einem solchen Antrag in dieses Meccano eingreift. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass das Parlament tatsächlich der Meinung ist, man soll bei einer Vorlage, die über 300 000 Franken günstiger ist, noch einmal 100 000 Franken kürzen. Deshalb muss ich Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen und dem Geschäft zuzustimmen, wie es die Regierung vorlegt.

Präsidentin Nous passons donc au vote. Tout d'abord, nous voterons sur la proposition d'amendement de l'UDC, puis sur le crédit lui-même. Ceux qui acceptent la proposition d'amendement de l'UDC votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung (Antrag SVP)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	34
Nein	104
Enthalten	3

Präsidentin. Vous avez refusé cet amendement. Nous passons au vote sur ce crédit de 535 000 francs soumis au référendum financier facultatif pour la Police cantonale bernoise. Ceux qui acceptent ce crédit votent oui, ceux qui refusent votent non.

Schlussabstimmung (Antrag Regierung und SiK)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	135
Nein	4
Enthalten	2

Präsidentin. Vous avez accepté ce crédit.